

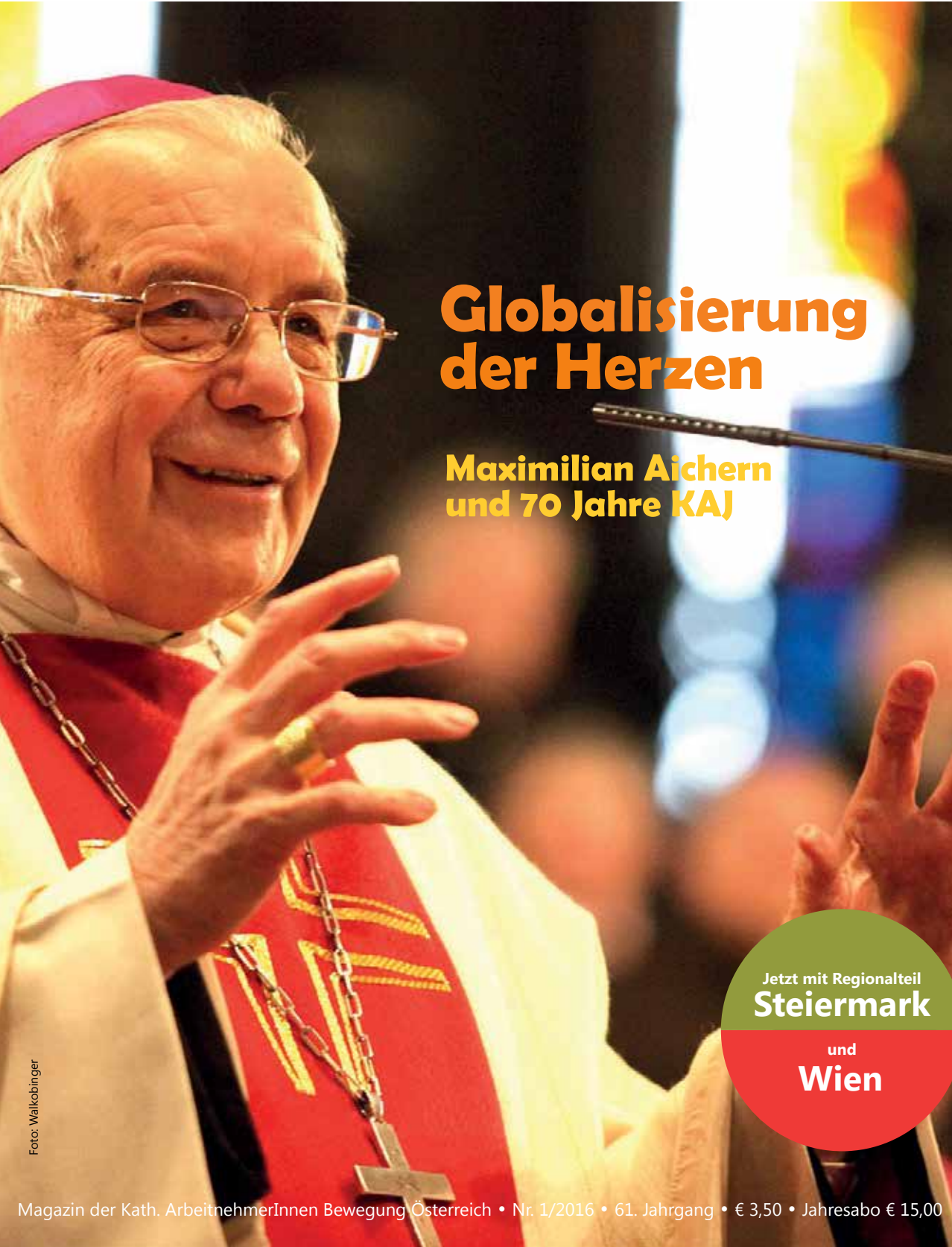
Kirche in der Arbeitswelt und Stimme der Arbeitnehmer/innen in der Kirche" **Aktion** Sozialwort Solidarität **KAB**
Mensch in der Mitte Nachhaltigkeit Subsidiarität Gemeinwohl Europa
Frauen Personalität

Zeit Zeichen

Magazin für Kirche und Arbeitswelt

International Gesellschaftspolitik Option für die Armen
„Die ersten und unmittelbaren Apostel der Arbeiter müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter selbst sein“ (Joseph Cardijn) **Kirche** Sonntag BILDUNG Gute Arbeit

April
Nr. 1/2016



Globalisierung der Herzen

Maximilian Aichern und 70 Jahre KAJ



Duale Erwachsenenbildung. Ein Weg für Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt? (S. 8)



Gesetzlicher Mindestlohn ja oder nein? Positionen (S. 15)



Es gilt, sich zu bewegen. Industrie 4.0 und andere Herausforderungen der Arbeitswelt (S. 16)

Jetzt mit Regionalteil **Steiermark** und **Wien**

Foto: Walkobinger

Globalisierung der Herzen

Maximilian Aichern über Anfänge, Weg und Ziel der Katholischen ArbeiterInnenjugend Österreichs

Ihren 70. Geburtstag feierte die Katholische ArbeiterInnenjugend Österreichs am 16. Jänner mit einem Gedenkgottesdienst in der Wiener Pfarre Krim, Ort des Gründungsaktes der Bewegung am 13. Jänner 1946. Einer, der die von P. Josef Zeininger angestoßene Aktion von Anfang an miterlebte und mittrug, ist Maximilian Aichern, seinerzeit mit seiner Familie im 14. Wiener Gemeindebezirk beheimatet. Aus den gemeinsamen Anfängen ist eine lebenslange Verbundenheit und wechselseitige Gefolgschaft auf vielen Ebenen gewachsen. Für den Gedenkgottesdienst am 16. Jänner hat der emeritierte Linzer Bischof als Zeitzeuge, Aktivist und bis heute wacher Begleiter der Katholischen ArbeiterInnenjugend mit seiner Predigt ein berührendes, wertvolles Stück Zeit- und Glaubensgeschichte niedergelegt. ZeitZeichen veröffentlicht die Predigt im Wortlaut.

Das heutige Sonntagsevangelium von der Hochzeit zu Kana, das wir eben gehört haben, zeigt uns, dass Jesus durchaus für Feiern in Familien und in fröhlichen Gemeinschaften etwas übrig hatte. Unser Herr Jesus Christus ist auch jetzt in unserer Mitte, wo wir uns in Freude und Dankbarkeit an das Bestehen der Katholischen ArbeiterInnenjugend seit 70 Jahren in Österreich erinnern.

Der 13. Jänner 1946 gilt als offizielles Datum unserer KAJ-Gründung. Der aus Eferding in Oberösterreich gebürtige damalige Pfarrer der Krim und spätere Wiener Pastoralamtsdirektor, dann Stadt-Bischöfsvikar P. Josef Zeininger hatte während des Krieges als Theologiestudent der Ordensgemeinschaft der Oblaten des Hl. Franz von Sales in Fribourg in der Schweiz die Christliche Arbeiterjugend vom Belgier Josef Cardijn kennen- und schätzen gelernt, hatte dann im Kriegs-Wien als Priester gute Kontakte zu Zwangsarbeitern aus Frankreich, was einer der Gründe war, weshalb er in einem Prozess der Nationalsozialisten zum Tod verurteilt, aber durch die Alliierten gerettet wurde, die Wien im April 1945 zurückeroberten. P. Zeininger baute nach Kriegsschluss in seiner Pfarre Krim die KAJ auf, die sich rasch in ganz Österreich verbreitete. Er war dann auch lange Diözesan- und Bundesseelsorger der KAJ in Österreich.

Ich selbst komme auch noch aus der Katholischen Arbeiterjugend (KAJ) der Nachkriegsjahre in Wien. Meine Heimatpfarre, die Kalasantinerpfarre St. Josef im 14. Bezirk in der Reingasse, hatte engen Kontakt zu P. Zeininger, und durch

unseren Pfarrer P. Heinrich Wagner von den Kalasantinern auch zum einstigen christlich-sozialen Arbeiterführer und Nachkriegs-Nationalratspräsidenten Leopold Kunschak, der mit meinem Heimatpfarrer P. Wagner als geistlichen Assistenten schon vor dem Krieg zusammengearbeitet hat. Wir von der KAJ in der Reingasse erlebten P. Zeininger von der Krim und Präsident Leopold Kunschak bei Besuchen in meiner Heimatpfarre sehr oft und waren besonders von ihren sozialen Stellungnahmen und Aufforderungen an uns immer tief beeindruckt. Ich durfte dann sogar als damaliger Lehrling beim Begräbnis von Präsident Kunschak durch meinen Heimatpfarrer im März 1953 am Wiener Zentralfriedhof ministrieren, nachdem vorher im Stephansdom Kardinal Innitzer das Requiem gefeiert hatte.

Bei uns KAJlern in der Reingasse gab es in diesen Nachkriegsjahren der 40er- und ersten 50er-Jahre viele weitere Kontakte mit Kardinal Innitzer, den wir ob seiner Lebendigkeit und Freundlichkeit alle sehr mochten, mit KAJ-Bischof Rusch von Innsbruck, mit P. Hildebrand Urdl, dem jungen Wiener Kapuziner, mit dem wortgewaltigen P. Leppich von den deutschen Jesuiten, der die Aktion 365 gründete, mit P. Baier und P. Wostry, dem späteren Wiener KAB-Seelsorger von den Jesuiten, und dem späteren Wiener KAB-Seelsorger P. Hartwig Balzen von den Olivetanern in Tanzenberg in Kärnten, der Pfarrer in St. Leopold Wien 2 war. Wir haben aber auch mit Arbeitern in Fabriken und Werkstätten gesprochen, auch mit ihren Chefs, uns über die Arbeiten in der Gewerkschaft für die Arbeiter und Arbeiterinnen, aber auch

die Angestellten in Betrieben und in der Öffentlichkeit, sehr interessiert und nach Vorbereitung in unseren Aktivistenrunden und Glaubensstunden auch verschiedene Aktionen durchgeführt. Jugendliche wurden selbst zu Akteuren, die KAJ war ihre zweite Familie. Das Gespräch mit allen Leuten wurde groß geschrieben, die eigene Lebensführung hinterfragt.

Die Anliegen Cardijns und seine zentralen Aussagen wie das Sehen-Urteilen-Handeln sind uns damals in Fleisch und Blut übergegangen und bestimmten unsere Bildung und unser Apostolat. Es ging darum, die Strukturen dieser Welt aus christlicher Verantwortung mitzugestalten, es ging um die Glaubensverwirklichung, die Gesinnungs- und Strukturreform, um Vermenschlichung von Arbeitswelt und Wirtschaft.

Von unseren jugendlichen Kollegen in der Pfarre Krim und in anderen Wiener Pfarren der damaligen Zeit, von denen Gott einer Reihe – so wie mir – noch immer das Leben schenkt, und von denen auch etliche jetzt unter uns sind, habe ich einen in besonderer Erinnerung, den Gott leider schon abberufen hat: Das ist unser unvergesslicher Leopold Summerauer, ein schmaler, langer, schlaksiger Bub mit einem guten Mundwerk, der in Heiterkeit und Ernst, aber auch in Ironie, für uns alle immer das Richtige sagte. Er war ja später dann der jahrzehntelange Bundessekretär der Katholischen ArbeitnehmerInnen-Bewegung von Österreich mit dem Österreich-Sekretariat im Wiener Ordinariat am Stephansplatz, dem wir alle und auch die Öffentlichkeit durch seine Umsicht,



Foto: Walkobinger

durch seine Gesprächskontakte und seine menschlich-christliche Sozialarbeit viel verdanken. Ich hörte als Jugendlicher, dann als Erwachsener, dann als Linzer Bischof und Referatsbischof für die KAÖ bzw. die KAB immer wieder seine Worte an die Öffentlichkeit, besonders an die Politik und die Wirtschaft: „Arbeit und Einkommen teilen!“ Leopold war für uns alle als Mensch, als Christ, als Gewerkschafter, als Mitarbeiter, einfach ein sozialer Schatz! Er war es ja auch, der bei der Bundeskonferenz der KAB in Laxenburg, NÖ, 1986 den Antrag eineszeitgemäßen Sozial-

hirtenbriefes an uns Bischöfe mit Basisdiskussion bei der Erarbeitung machte, was dann auch so geschah. Natürlich war uns auch in den damaligen Anfängen der KAJ in den Nachkriegsjahren die Politik immer ein besonderes Anliegen. Ich erinnere mich an manche Parlamentsbesuche, wo wir Renner, Körner, Seitz, Figl, Raab, die Kommunisten Kopenig und Fischer, gesehen und gehört haben.

Ich erinnere mich an unsere Bekenntnismärsche als Katholische Jugend am Vorabend des Dreifaltigkeitsfestes auf der

Wiener Ringstraße, an unsere Wallfahrten nach Mariazell, wo wir damals noch die Demarkationslinie zwischen Niederösterreich und Steiermark überwinden mussten, und an unsere Wiener KAJ-Bälle im Fasching in den Sophiensälen in der Marxergasse in Wien 3. Schon damals fügten wir gerne dem Sehen-Urteilen-Handeln auch das Feiern bei. Ich erinnere mich auch an so manche Fußballwettkämpfe der KAJ-Gruppen verschiedener Pfarren und an unsere KAJ-Lager etwa in der Burg Wildegg bei Mödling. Und viele erinnern sich sehr dankbar an Cardijns Besuche in



Liebe Leserin, lieber Leser,

70 Jahre Katholische ArbeiterInnenjugend: einer, der diese Zeitspanne mit ihren gewaltigen Umbrüchen selbst miterlebt hat, ist der emeritierte Bischof der Diözese Linz, Maximilian Aichern. Sein Rückblick auf die Entwicklung der KAJ liest sich als persönliches Geschichts- wie Glaubenszeugnis, das in die Zukunft weist: „Arbeitsplatzbeschaffung, Erhaltung des gemeinsamen arbeitsfreien Sonntags, Hilfe für Flüchtlinge und Asylanten, Aufbau einer solidarischen Gesellschaft in weltweiter Sicht, eine Globalisierung der Herzen, nicht nur der Wirtschaft, und Kommunikation sind wichtige Aufgaben der Zukunft.“

Auch in diesem Heft finden sich diese Themen wieder: die Debatte über Perspektiven von Flüchtlingen am Arbeitsmarkt können Sie auf den Seiten 5 – 8 verfolgen, eine kritische Auseinandersetzung mit einer unsolidarischen Wirtschaft am Beispiel des europäischen Volksbegehrens für „fairen Transport“ auf den Seiten 10 – 11. Die Verteilung

Editorial

und Bewertung von Arbeit sind Themen auf den Seiten 16-17, wo Hannes Labner u.a. Gestalt und Auswirkungen des Phänomens „Industrie 4.0“ unter die Lupe nehmen. Die aus gegebenem Anlass aufgesetzte Rede zur Verteidigung der „Erwerbsarbeit als Menschenrecht“ durch den KABÖ-Vorsitzenden Philipp Kuhlmann auf den Seiten 12 und 13 ist letztlich all den von Maximilian Aichern genannten Aspekten geschuldet – nicht zuletzt einem: dem Aufruf zur „Globalisierung der Herzen“. Noch zu einer Neuerung in dieser ersten Ausgabe von ZeitZeichen in diesem Jahr: künftig werden regelmäßig Informationen und Beiträge der KAB Steiermark und der KAB Wien erscheinen, ein Ergebnis der Fusionierung von ZeitZeichen mit den entsprechenden diözesanen Publikationen.

Chefredakteurin Elisabeth Ohnemus

den österreichischen Diözesen, besonders an das große KAJ-Treffen mit ihm in Mariazell am 1. Mai 1954.

Was ich jetzt so umfangreich aus eigener Erfahrung geschildert habe, werdet Ihr, anwesende Kollegen und Kolleginnen, merken, dass Ihr es selbst damals in diesen Jahren um 1950 bzw. später herauf ähnlich erlebt habt. Cardijn blieb immer unser geistlicher Vater in der Apostolatst- arbeit der mitmenschlichen, der sozialen Bereiche, alles ein echt christlicher Auftrag aus dem Evangelium unseres Herrn Jesus Christus. Der Wahlspruch von KAJ-Seelsorger Rusch als Bischof hat uns damals fasziniert und gilt ebenso auch heute für uns alle in unseren heutigen Lebens- und Apostolatssituationen: „Christo Regi, vita nostra! – Christus dem König, gehört unser Leben!“ Der im KZ Mauthausen am 19. März 1945 ums Leben gekommene französische KAJist Marcel Callo lebte nach diesem Motto. Papst Johannes Paul II. sprach ihn am 4. Oktober 1987 im Petersdom in Rom selig während der damaligen Weltbischofssynode über die Laien.

Wir als KAJ und KAB haben uns in den letzten Jahrzehnten immer intensiv bemüht, die Situation der Arbeitswelt und unsere persönliche Situation zu hinterfragen, zu analysieren, Aktionen zu planen und durchzuführen. Leider nahm die KAJ inzwischen an Zahl stark ab, aber vieles ist geschehen in Gruppen und Pfarren, in den Betrieben, in der Gewerkschaft, in der Sozialpartnerschaft. Wir konnten dazu beitragen, dass die Welt der Arbeit und Wirtschaft doch ein Stück menschlicher wird, dass die Würde der arbeitenden Menschen mehr gesehen wird, dass die Solidarität bei uns und weltweit gewachsen ist. Wir haben aber durch unsere Bewegungen dazu beigetragen, dass die Kirche ihre Aufgabe in diesen Bereichen verstärkt wahrnimmt. Bestärkt haben uns immer unsere gemeinsamen Gespräche, unsere Gottesdienste, unsere Presse, etwa „ZeitZeichen“, auch unsere Fahrten und Gespräche in der EU in Brüssel, besonders mit den jeweiligen Kommissionspräsidenten und den Sozialkommissaren, und unsere dortigen Besuche am Grab und den Gedenkstätten Cardijns. Wir machten auch einen Antrag mit Begründung bei Kardinal Daneels in Brüssel zur Einleitung des Seligsprechungsprozesses für Cardijn. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um Euch allen, den Aktivistinnen und Aktivistinnen, den Seelsorgern und FunktionärInnen zu danken. Ihr wart und seid



der Welt der Betriebe und Büros. Ihr helft mit und tragt bei, dass unsere Welt nicht kälter und unpersönlicher wird, sondern dass Gottes Plan und Gottes Liebe immer mehr Verwirklichung finden. Wir haben dabei wieder einen, der uns so wie einst Johannes XXIII. und Johannes Paul II. zu all dem ermutigt, unterstützt und auffordert,

Maximilian Aichern (3. v. links): „Wir alle wurden in unserer Jugend in den 40er und 50er Jahren von der KAJ sehr geprägt. Auf dem Programm standen damals nicht nur religiöse und politische Bildung, sondern auch Aktivisteneinsätze und auch Ausflüge und Wallfahrten wie hier am Bild 1952 in Mariazell.“

wirklich Kirche in der Welt der Arbeit und Wirtschaft, Ihr habt aber auch die Sorgen, Freuden, Hoffungen und Anliegen der Arbeitswelt in die Kirche herein gebracht und wirksam vertreten.

Der dankbare Rückblick gibt Mut und Kraft zu weiterem Engagement. Arbeitsplatzbeschaffung, Erhaltung des gemeinsam arbeitsfreien Sonntags, Hilfe für Flüchtlinge und Asylanten, Aufbau einer solidarischen Gesellschaft in weltweiter Sicht, eine Globalisierung der Herzen, nicht nur der Wirtschaft, und Kommunikation sind wichtige Aufgaben der Zukunft. Die frohe geschwisterliche Gemeinschaft stärkt uns dabei.

Wir wissen aus dem Glauben, dass wir nicht allein sind, dass wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Gottes sein dürfen, dass der Herr mitten unter uns ist – auch in

unser jetziger Papst Franziskus. Gottes Vorsehung danken wir heute für ihn!

Wir sehen unseren Einsatz als Geschenk des Hl. Geistes, wie wir in der Lesung aus dem Paulusbrief gehört haben, als Dienst für die Menschen und für Gott. Dabei hat jeder von uns eine andere Begabung, seine Begabung, für diese Dienstaufgabe für die Menschen. Wir nehmen das Wort der Gottesmutter im Evangelium „Was Jesus euch sagt, das tut!“ ernst. Wir glauben daran, dass er auch unsere Gemeinschaft, unser Bemühen mit dem guten Wein der Freude unterstützt, dass wir seine Zeichen auch in unserem Leben, in unserer Zeit erfahren können. Wir glauben an ihn wie die Jünger. Wir wissen uns gesandt und unterstützt bei unserem Einsatz in der heutigen Welt, bei der Arbeit für Solidarität, Gerechtigkeit, Frieden und Umwelt, die Bewahrung der Schöpfung. Amen.



Maximilian Aichern: „Altbischof Paulus Rusch, unser einstiger KAJ-Bischof, kam als Innsbrucker Altbischof am 17. Jänner 1982 in den Linzer Dom, um mir bei der Bischofsweihe durch Kardinal König auch die Hände aufzulegen.“

Flüchtlinge als Tourismusprofis

Caritas betreibt „Hotel mit sozialem Mehrwert“

Seinen ersten Geburtstag feierte im Februar ein Hotel besonderer Art: „magdas“, unweit des Wiener Prater gelegen, wurde 2015 zu Jahresbeginn als „social business“ von der Caritas der Erzdiözese Wien in Betrieb genommen, um AsylwerberInnen, die keine Arbeitsberechtigung haben, bzw. Asylberechtigten ohne Job eine Beschäftigung zu ermöglichen. „Wer legal hier lebt, soll auch legal hier arbeiten dürfen“, bekräftigte Caritas-Präsident Michael Landau bei der Eröffnung des Projekts das politische Statement, das mit dem Betrieb gesetzt werden sollte: „Denn es ist widersinnig, junge Menschen zum Nichtstun zu verdammen“, so Landau seinerzeit. Das Projekt war u.a. mit der Idee gestartet, jungen AsylwerberInnen im Alter bis zu 25 Jahren eine gesetzlich erlaubte Ausbildung zu ermöglichen.

Mittlerweile bietet das Hotel 20 anerkannten Flüchtlingen aus 16 Nationen eine Beschäftigung, insgesamt werden im Haus 24 Sprachen gesprochen. Als „social business“ soll sich das Unternehmen schlussendlich selbst tragen, unabhängig von öffentlichen Förderungen. Laut Generalsekretär der Caritas Wien, Klaus Schwertner, sind für die Umsetzung dieses Plans fünf Jahre anberaumt. Schon jetzt allerdings hat sich die Initiative als „Leuchtturmprojekt“ mit großem internationalen Echo erwiesen: „Es sind andere Hotelbetreiber und Organisationen gekommen und haben sich das Projekt angeschaut“, so Schwertner: „Unser Ziel ist es, dass es in einigen Jahren in allen großen europäischen Städten Hotels dieser Art gibt.“ Allerdings erhebe die Caritas „nicht den Anspruch, diese selbst betreiben zu wollen.“

Das Gebäude, das mittlerweile über 88 Zimmer verfügt, steht seit einem knappen

halben Jahrhundert im Besitz der Erzdiözese Wien. 1956 diente es zunächst als Unterkunft für Studenten, die infolge des Ungarn-Aufstands geflohen waren. Mitte der 1970-er-Jahre wurde aus dem „Haus Josef Macho“ ein Senioren- und Pflegeheim. Dessen knapp 130 BewohnerInnen übersiedelten 2014 schließlich in eine neue Einrichtung in Stadlau, im Winter

2014/2015 fanden temporär Obdachlose Unterschlupf.

Für den neun Monate dauernden Umbau des Gebäudes wurden rund 1,5 Millionen Euro investiert, die Auslastung lag im ersten Jahr im Schnitt bei 55 Prozent, Tendenz steigend, so Schwertner..

Elisabeth Ohnemus/apa



Informationen zu „magdas“ sind abrufbar unter www.magdas-hotel.at



Die Zimmer in Magdas sind teilweise künstlerisch ausgestattet, eine Kooperation von Hotel und Akademie der Bildenden Künste hat das ermöglicht



Immer ein freundliches Lächeln im Gesicht: Eine Mitarbeiterin an der Rezeption des Hotel Magdas im zweiten Bezirk in Wien

Vorsichtig optimistisch

Wie Integration am Arbeitsmarkt gehen könnte

In der Debatte um die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt hat sich im Jänner AMS-Chef Johannes Kopf als „vorsichtig optimistisch“ deklariert. Nach einem Pilotprojekt, im Zuge dessen von August bis Dezember 2015 900 Asylberechtigte aus Wien auf ihre Kompetenzen hin „gecheckt“ wurden, zeigen erstmals Zahlen, wie es mit der Qualifikation der Flüchtlinge ungefähr aussieht: überraschend positiv, denn 61 Prozent der am Projekt Beteiligten verfügen über eine Berufsausbildung, Matura oder ein Studium. Inzwischen treiben Stimmen aus diversen Richtungen eine konstruktive Auseinandersetzung mit dem Thema „Integration über Arbeit“ voran - mit durchaus sehr verschiedenen Zugängen.

Selbstverständlich könne der „Kompetenzcheck“ des AMS nicht als repräsentative Ausbildungserhebung verstanden werden, erklärte Kopf nach der Veröffentlichung der Ergebnisse, aber er solle „eine Tendenz zeigen“. Sie weist IranerInnen als am besten qualifiziert aus, gefolgt von IrakerInnen und SyrerInnen. 90 Prozent der ProjektteilnehmerInnen aus dem Iran, 73 Prozent derer aus dem Irak und 67 Prozent derer aus Syrien weisen eine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung auf. Weit abgeschlagen sind infolge jahrzehntelanger Kriege Menschen aus Afghanistan – nur 26 Prozent von ihnen haben einen über die Pflichtschule hinausreichenden Abschluss, 20 Prozent haben die Grundschule besucht, 30 Prozent sind ohne formale Schulbildung, ein Drittel davon AnalphabetInnen.

Herkulesaufgabe mit Sinn

Ziel des AMS-Checks sei es gewesen, die beruflichen Fähigkeiten von Flüchtlingen besser zu erfassen, so Kopf, um so die Integration von Asylberechtigten in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Im Schnitt waren 2015 rund 17.300 Asylberechtigte auf Jobsuche, AMS und Sozialministerium rechnen heuer mit rund 30.000 weiteren. Johannes Kopf sieht eine „Herkulesaufgabe“ vor sich, trotzdem gebe der Kompetenzcheck Anlass, „vorsichtig optimistisch“ zu sein. Die Kompetenzchecks sollen nun auch auf andere Bundesländer ausgeweitet werden.

Kontraproduktiv: Asyl auf Zeit

Alarm hat Johannes Kopf inzwischen aus anderem Anlass geschlagen: Er warnte nachdrücklich vor dem von der Regierung geplanten „Asyl auf Zeit“. Es sei zu befürchten, dass die in dieser Gesetzesnovelle niedergelegten Maßnahmen die Integration von Flüchtlingen am

Arbeitsmarkt „massiv erschweren“, so Kopf Ende Februar in einem Beitrag des Ö1-Morgenjournals. „Wenn Arbeitgeber glauben, dass es sein kann, dass die nach drei Jahren wieder heimgehen, wird niemand in eine Ausbildung investieren.“ Die Gesetzesnovelle sieht vor, dass Asyl – rückwirkend mit Mitte November 2015 – zunächst für maximal drei Jahre gewährt wird. Danach müsste in allen Einzelfällen geprüft werden, ob die Fluchtgründe noch gegeben sind.

Beschäftigung von Flüchtlingen „kostet, aber lohnt sich“

Gemeinsam mit dem Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts Karl Aiginger hat Caritas-Präsident Michael Landau

in einem Pressegespräch Ende Februar die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt als „lohnenswert“ präsentiert, nicht nur in menschlicher, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Die Integration koste zwar Geld, zahle sich aber aus: „Denn auf Dauer zahlen diese Menschen mehr ein, als sie kosten“, so Landau. Wichtig sei es, sofort mit der Vorbereitung auf künftige Jobs zu beginnen – und zwar noch vor der Zuerkennung der Asylberechtigung. Dazu gehörten neben Deutschkursen und Kompetenzchecks sowie der Anrechnung von Ausbildungen insbesondere Einstiegsmöglichkeiten: Berufspraktika, Freiwilligenarbeit, Sozialjahr, Lehre.



Foto: Meike Pantel_pixelio.de

Mentoring und Patenschaften

Es brauche Mentoring und Patenschaften, die Betroffenen sollten überdies auch auf selbständige Arbeit vorbereitet werden. Wunsch von Landau: „Bildungspflicht bis 18“. Österreich brauche eine doppelte Integration, so der Caritas-Präsident: „Nicht nur für die, die neu kommen, sondern auch für jene, die schon hier sind. Wir brauchen sowohl/als auch, nicht entweder/oder“.

Wachstum ab 2018

Wifo-Chef Aiginger skizzierte beim Pressegespräch die Idee eines Suchportals für Kleinjobs nach dem Vorbild von Willhaben.at. Wenn Flüchtlinge arbeiteten, sollten sie ein Drittel ihres Einkommens behalten dürfen, forderte Aiginger. Der Wifo-Chef zeigte sich überzeugt von einem Anstieg des Wachstums durch die Aufnahme von Flüchtlingen. Allerdings seien die Effekte 2016 und 2017 wohl nur auf die verstärkten Ausgaben zurückzuführen und verursachten daher mehr Schulden. 2018/2019 könne es aber über die Arbeitsleistung von Flüchtlingen zu einem positiven Effekt kommen.

Arbeit teilen

Ganz generell, aber auch im Blick auf die Integration von Flüchtlingen am Arbeitsmarkt, hat sich Aiginger überdies für eine

Halbierung der Belastung des Faktors Arbeit ausgesprochen. Das würde mehr Arbeit schaffen und könnte gegenfinanziert werden durch Steuern etwa auf Erbschaften, Energie, Emissionen und Finanztransaktionen, so Aiginger in einem Statement im Ö1-Morgenjournal am 25. Februar.

Industriellenvereinigung: Gleiche Bezahlung für Flüchtlinge

Für eine möglichst rasche Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt hat sich neuerlich auch der Präsident der Industriellenvereinigung, Georg Kapsch, ausgesprochen. Er hielt dabei fest, dass die IV eine geringere Bezahlung von MigrantInnen definitiv ablehne: „Wir stehen grundsätzlich gegen eine Differenzierung. Kollektivvertrag ist Kollektivvertrag“, so Kapsch bei einer ORF-Pressestunde Ende Februar. Er können sich aber ähnliche Modelle vorstellen wie in Deutschland: sowohl für MigrantInnen als auch für die ansässige Bevölkerung die Möglichkeit befristeter Einstiegsjobs zu schaffen.

Gemeinnützige Tätigkeiten für AsylwerberInnen

Ein Projekt zur Vermittlung von Flüchtlingen, die sich noch im Asylverfahren befinden, in gemeinnützige Tätigkeiten hat der Fonds Soziales Wien im Februar gestartet, um auf diese Weise die Integra-

tion der Betroffenen zu beschleunigen. Elf Dienststellen der Stadt Wien nehmen daran teil. „Wir wollen den AsylwerberInnen eine Tagesstruktur bieten, und sie sollen die deutsche Sprache erlernen. Weiters sollen sie einen Einblick in die Arbeitswelt in Österreich bekommen und auch mit unseren Werten und unserer Kultur vertraut werden“, schildert Projektleiterin Renate Christ die Grundidee des Projekts. 30 AsylwerberInnen konnten bis Anfang März bereits vermittelt werden – so etwa in das Projekt „Wien leuchtet“ (MA 33) oder bei der Gebietsbetreuung. Keine/r der Vermittelten solle jemandem einen Arbeitsplatz wegnehmen, erklärt Christ: „Es ist eher vergleichbar mit der Position eines Ferialpraktikanten“. So werde kein Dienstvertrag abgeschlossen, lediglich eine Vereinbarung getroffen. Maximal 110 Euro stünden dem/r Asylwerber/in pro Monat zu. Die gemeinnützige Tätigkeit ende automatisch mit Erhalt eines positiven Asylbescheids, ab diesem Zeitpunkt habe der/die Asylberechtigte formal Zugang zum regulären Arbeitsmarkt.

Elisabeth Ohnemus/apa

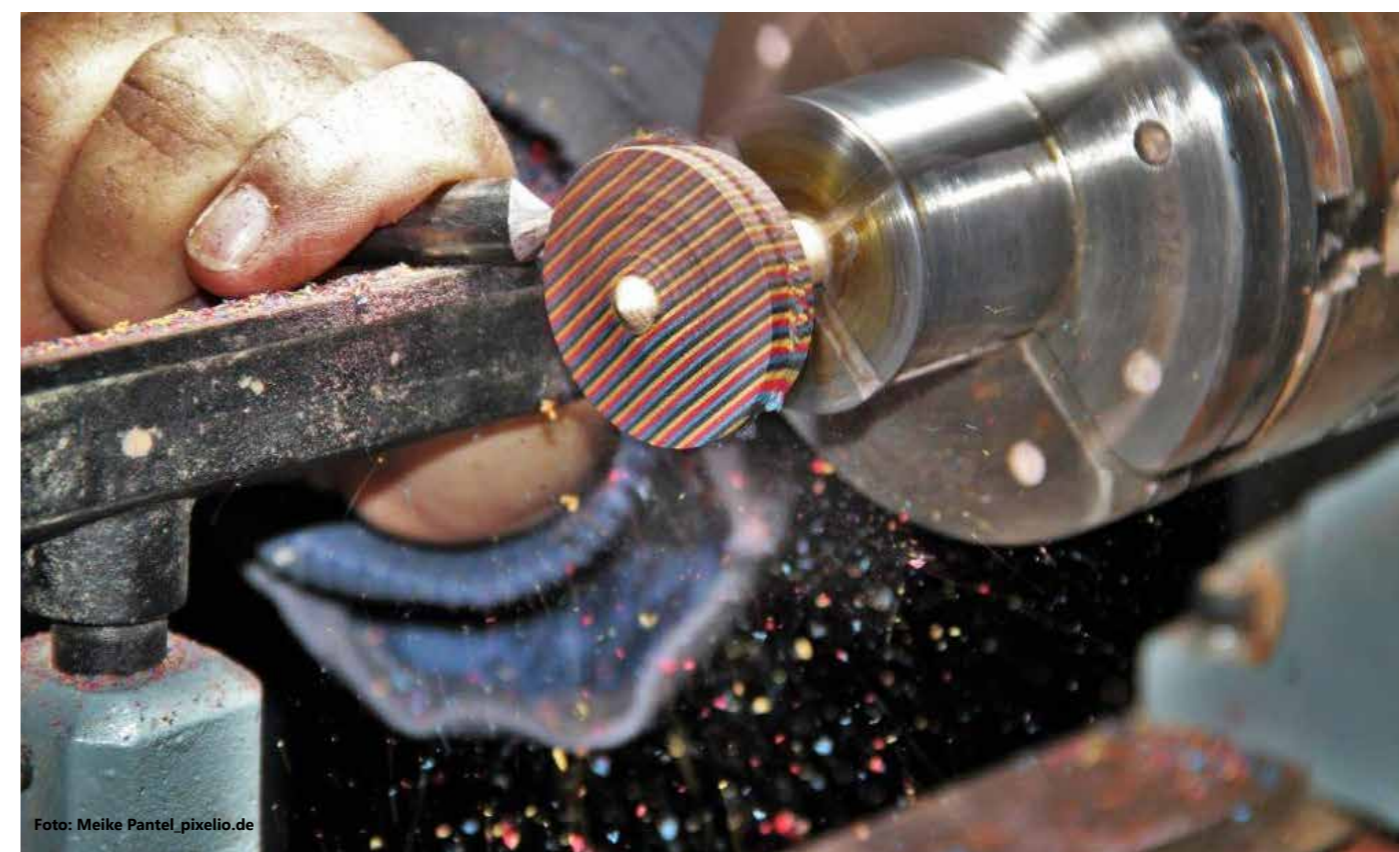


Foto: Meike Pantel_pixelio.de

Duale Erwachsenenbildung

Ein Weg für Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt?

Mit der Idee eines Modells „dualer Erwachsenenbildung“ für Flüchtlinge ist Stefan Schulmeister, Ökonom und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Wirtschaftsforschungsinstitut in Wien, im Gespräch mit ZZ aufgetreten: „Statt auf die gegenwärtige Herausforderung der Integration zehntausender Flüchtlinge mit generellen Regelungen zu reagieren, die – wie etwa die Kürzung der Mindestsicherung, Sozialabbau... – das Potential haben, die soziale Lage aller Menschen zu verschlechtern, sollte man sich darum bemühen, Spezialmaßnahmen zur Integration zu entwickeln.“ Eine dieser Spezialmaßnahmen könne die Konzeption eines Ausbildungssystems für erwachsene Flüchtlinge sein, das sich am dualen Bildungsweg von Jugendlichen orientiert, die Kompetenzen, die Flüchtlinge mitbringen, erhebt und aufgreift und zu einem regulären Berufsausbildungsabschluss führt.

Schulmeister reagiert mit diesem Vorschlag auf eine Debatte, die eine Empfehlung des Internationalen Währungsfonds im Jänner in Österreich ausgelöst hatte. Im Blick auf Deutschland, Österreich und Schweden, die Hauptziel- und -aufnahmeländer von Flüchtlingen, hatte der IWF appelliert, die Integration in den Arbeitsmarkt massiv voranzutreiben, um so einen absehbaren wirtschaftlichen Positiveffekt der Zuwanderung auch wirklich möglich zu machen. Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung hatten daraufhin u.a. Prämien für Betriebe gefordert, die Flüchtlinge aufnehmen, bzw. eine Ausdehnung von Eingliederungshilfen – was wiederum den ÖGB mit harscher Kritik auf den Plan brachte: eine „Dequalifizierungsspirale“ würde damit ausgelöst, so Bernhard Achitz, leitender Sekretär des ÖGB für Grundsatz und Organisation, Unternehmen würden infolge Flüchtlinge als Hilfsarbeiter ausnutzen.

„Ich verstehe die Angst der Gewerkschaften“, erklärt Schulmeister. Andererseits brauche es kreative Lösungsansätze. Neben der Schaffung eines zweiten Arbeitsmarktes und dem Einsatz von Flüchtlingen in „Aktivitätsfeldern zwischen Staat und Markt“ – vergleichbar mit bestehenden Projekten für (Langzeit-)Arbeitslose – wäre da an die Entwicklung eines dualen Ausbildungssystems zu denken, das erwachsenen Flüchtlingen erlauben würde, an ihre mitgebrachten Fähigkeiten etwa als Handwerker anzuschließen und sie den österreichischen Standards gemäß weiterzuentwickeln - um so im Rahmen eines regulären Bildungsprozesses zu einem anerkannten Berufsabschluss zu gelangen. „Viele Flüchtlinge haben keine reguläre Ausbildung, haben aber sehr wohl verschiedene Tätigkeiten ausgeübt und Berufserfahrungen gesammelt. Das betrifft Jüngere genauso wie Ältere“.



Er könne sich, so Schulmeister, ein derartiges Modell auch bereits für AsylwerberInnen vorstellen, vorausgesetzt, ihre Chancen auf eine positive Erledigung des Antrags stünden gut. „Auch wenn sich in der Bevölkerung in der Flüchtlingsfrage ein gewaltiger emotionaler „backlash“ abzeichnet, sehe ich trotzdem immer noch genug Menschen, die hilfsbereit und engagiert sind“. Wichtig wäre, Ideen wie die von der dualen Erwachsenenbildung in der Unternehmerschaft, insbesondere der Bundeswirtschaftskammer, zu propagieren, dies durchaus „mit kirchlicher Unterstützung“. Und natürlich wäre es notwendig, einen rechtlichen Rahmen dafür zu schaffen, u.a. über eine Ausbildungsverpflichtung für Betriebe.

„Ich kann mir so einen Schulbetrieb für erwachsene Flüchtlinge gut vorstellen: Berufsschulen werden ja blockweise genutzt, sie haben nicht immer eine volle Auslastung“, so Schulmeister zur konkreten Umsetzung seiner Idee. Er denke

auch an die „riesigen Lehrwerkstätten der ÖBB“, wo Flüchtlinge mit Mechanikerkenntnissen eingesetzt werden könnten, während der Ausbildungsphase zu einem Entgelt, das Auszubildenden entspreche.

„Was wir brauchen, ist eine andere Form wirtschaftlichen Denkens“, so Schulmeister in Anknüpfung an den Begriff vom „new deal“, Titel einer seiner Publikationen und von ihm propagierte, gesamteuropäische Alternative zum Neoliberalismus. Die Phantasien des Ökonomen reichen da weit: „Wir müssten Pilotprojekte starten, um Arbeit zu generieren, idealerweise eine Region dafür auswählen, etwa Wien – man könnte da z.B. die thermische Sanierung sämtlicher öffentlicher Gebäude in Angriff nehmen, dies alles eingebunden in Aushandlungsprozesse mit Gewerkschaften, Unternehmen...“. Schulmeister ist überzeugt: „Die österreichische Wirtschaft würde davon profitieren“.

Elisabeth Ohnemus

Jetzt mitgründen: Bank für Gemeinwohl

Die erste ethische Alternativbank Österreichs

Zum ersten Mal seit rund hundert Jahren entsteht in Österreich eine neue Bank nach gutem altem Stil: Die Bank für Gemeinwohl. Diese erste ethische Alternativbank Österreichs stellt gesellschaftliche Verantwortung in den Mittelpunkt ihres Handelns. Ihr Ziel: eine Bank, die den Menschen dient.

Hinter dieser Bank stehen nicht große Financiers, sondern sie gehört BürgerInnen in ganz Österreich, als zivilgesellschaftliches Projekt. BankexpertInnen, ProjektmanagerInnen u.v.a. Engagierte arbeiten bis auf ein kleines Kernteam ehrenamtlich, aus Begeisterung für die Sache. Weit über 100 Menschen sind österreichweit aktiv.

Zeitplan der neuen Ethikbank

2014 wurde eine freie Genossenschaft gegründet, in deren Besitz die zukünftige Bank stehen wird. Im Frühjahr 2016 soll mit sechs Millionen Euro der Banklizenzierungsprozess bei der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) beginnen. Danach wird weiter Genossenschaftskapital gesammelt. Im Endeffekt rechnet das Bankprojekt mit rund 40.000 GenossenschafterInnen, die ein Startkapital von 15 Mio. EUR zur Verfügung stellen. Anfang

2017 wird dann die eigentliche Bank ihre Geschäftstätigkeit eröffnen.

Transparenz und Partizipation, KEINE Spekulation

Ziel ist Maximieren des Gemeinwohls, nicht des Gewinns. Die Bank wird nicht spekulativ agieren und Geld aus Geld schöpfen, abgekoppelt von der Realwirtschaft, sondern der Gesellschaft dienen. Im Vordergrund stehen Transparenz und Partizipation. Die Bank für Gemeinwohl wird offen legen, was mit dem Geld der KundInnen geschieht - nämlich ausschließlich das Fördern von gemeinwohlorientierten Projekten - und Möglichkeiten anbieten, über die Verwendung der Einlagen mitzuentscheiden.

Was diese Alternativbank so „neu“ macht

Unternehmen und Projekte, an die die Bank für Gemeinwohl Kredite vergibt, werden hinsichtlich ihrer Gemeinwohlorientierung überprüft. Die Prüfkriterien werden regelmäßig evaluiert. Bevorzugt werden Investitionen in Ökologie, Biolebensmittel, Soziales, Bildung, erneuerbare Energie, Kultur, soziales Wohnen u.a. nachhaltige Projekte. Je gemeinwohlorientierter ein Projekt ist, umso günstiger soll der Kredit sein. Um das finanzieren zu können, werden die SparerInnen zum Zinsverzicht eingeladen. Die Erfahrung mit anderen europäischen Ethikbanken zeigt, dass rund ein Drittel der KundInnen dieser Einladung auch folgen.

Informationen unter: <https://www.mitgruenden.at/projekt>

Positionen

Wir stellen den Menschen in die Mitte...

Wir wähten uns zufrieden und in Sicherheit. Alles schien in bester Ordnung zu sein, die Arbeitsplätze waren gesichert, um die eigene Ausbildung und Fortbildung als auch die unserer Kinder brauchten wir uns keine Sorgen zu machen, und wir, als Bürger eines neutralen Staates fühlten uns frei. Das waren die „Goldenen 70er Jahre“: Jahre des Aufbruchs, des Fortschritts und des Erfolges. Dann kam der Ölschock, auch das Ringen um einen sicheren Arbeitsplatz war auf einmal ganz neu. Gefolgt von einer Finanz- und Wirtschaftskrise, die uns offenbar zum ständigen Wegbegleiter geworden ist. Und jetzt der nicht abreißende Flüchtlingsansturm nach Europa, der nicht nur die Schlagzeilen der Medien beherrscht, sondern von gewissen politischen Kräften benutzt wird, Stimmung der Unsicherheit und des Unbehagens zu erzeugen. „Unsere gemeinsame Basis ist der Mensch“. Das war die Hauptaussage der Rede von Erzbischof Franz Kardinal König beim Bundeskongress des ÖGB im Februar 1973, und er meinte dabei sicherlich nicht nur das Verhältnis der Kirche zur Gewerkschaftsbewegung. Ihm ging es vielmehr

um den ganzen Menschen, um das Gelingen des Menschseins: um die Achtung voreinander, den Einsatz der in jedem Menschen grundgelegten Fähigkeiten und Talente füreinander und die Hinwendung jedes Einzelnen zueinander. Niemand von uns wird und kann die Probleme der Welt, in der wir leben, im Großen und auf einmal verändern. Aber wir können eine Atmosphäre erzeugen, die das Positive aufzeigt, wir können Argumente finden, die Sorgen vermindern, statt diese zu verstärken, und wir sind in der Lage, Perspektiven aufzuzeigen, die die gemeinsam Basis des Menschseins ermöglichen. „Wir stellen den Menschen in die Mitte“, so lautet auch das Leitwort des vor 15 Jahren redigierten Grundsatzprogramms der KAB. Haben wir den Mut, die Würde und vor allem das Göttliche in jedem Menschen wiederzufinden und so ein wenig Hoffnungsträger für die Zukunft aller zu sein.

Fritz Krull



Fritz Krull
KABÖ Bundesseelsorger

Europa bewegen

Eine Europäische Bürgerinitiative für fairen Transport in Europa

Mehr als elf Millionen Frauen und Männer arbeiten europaweit im öffentlichen Verkehr. Sie alle verdienen faire und gleich gute Arbeitsbedingungen. In der Praxis gibt es aber von Westen nach Ost bzw. von Norden nach Süden bei Löhnen, Sozial- und Arbeitsbedingungen noch immer, teils große Unterschiede. Eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) setzt sich jetzt für „fairen Transport“ in Europa ein.

Ein Beispiel für Ungerechtigkeiten liefert der ÖBB-Caterer, das DO & CO-Tochterunternehmen Henry am Zug. Ungarische MitarbeiterInnen im grenzüberschreitenden Verkehr ab Budapest verbringen bis zu 80 Prozent ihrer Arbeitszeit in den Zügen in Österreich. Bezahlt werden sie aber über eine Personalleasingfirma zu ungarischen Konditionen. Das wirkt sich netto in einem Lohnunterschied von bis zu zwei Dritteln aus. Das ist eine klare Missachtung von ArbeitnehmerInnenrechten und verstößt gegen die Bestimmungen der europäischen Entsenderichtlinie sowie des österreichischen Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetzes.

Riegel vorschieben

ÖBB-Zugbegleiterin Jennifer Stroff ist mit ihren ungarischen KollegInnen solidarisch: „Das ist nicht in Ordnung. Es wäre wichtig, wenn ausländisches Personal, egal ob Zugbegleiter, Lokführer oder Speisewagenpersonal, in Österreich fährt, dass dieses nach dem höheren Kollektivvertrag, also auf österreichischem Niveau bezahlt wird.“ Sonst müssten österreichische Transportbeschäftigte Angst haben, dass sie irgendwann nicht mehr gebraucht werden, wenn Tätigkeiten vom Ausland aus günstiger gemacht werden. „Dem gehört ein Riegel vorgeschoben. Arbeitszeiten gehören angeglichen. Wir brauchen EU-weit gleiche Ausbildungs- und Sicherheitsstandards. Um das durchzusetzen bedarf es gut vernetzter und starker Gewerkschaften, die da dahinter sind. Nur so kann Lohn- und Sozialdumping verhindert werden“, sagt die Zugbegleiterin.

Netz aus Kollektivverträgen

In der Tat herrschen etwa bei den Mindestlöhnen in Europa von Land zu Land drastische Unterschiede. Österreich stellt hierbei eine Ausnahme dar. Statt eines gesetzlichen Mindestlohns kommt in Österreich den Beschäftigten ein dichtes Netz aus rund 860 Kollektivverträgen zu gute. Innerhalb dieser Kollektivverträge fordern

und verhandeln der ÖGB und seine Teilgewerkschaften Löhne und Gehälter

Enormer Kostendruck

Lohn- und Sozialdumping hat durch beinharten Wettbewerb und Konkurrenzdruck auch längst in der Luftfahrt Einzug gehalten, weiß AUA-Betriebsrat Johannes Schwarcz zu berichten. Der Kampf um jeden Fluggast und Sparen, wo es nur geht, werden zunehmend auf den Rücken des Airline-Personals ausgetragen. Arbeitsplätze und Flüge werden einfach in neu gegründete, billigere Gesellschaften ausgelagert, um außerhalb bestehender guter Kollektivverträge Kosten zu sparen, kritisiert Schwarcz, der auch Vorsitzender des vida-Fachbereichs Luft- und Schifffahrt ist.

Fairness darf kein Nachteil sein

Auch im grenzüberschreitenden Transport auf der Straße kommt es zu Lohndumping und Lenkzeitenüberschreitungen. Das führt zu Übermüdung und birgt Gefahren für alle VerkehrsteilnehmerInnen. Gesetzliche Schlupflöcher, zu wenig Kontrollen und von Land zu Land unterschiedliche Regelungen machen dies möglich, erklärt der vida-Fachsekretär für den Bereich Straße, Karl Delfs. „Unternehmen wie der ÖBB-Postbus sind hingegen eine löbliche Ausnahme, weil hier Kollektivverträge und Regelungen eingehalten werden. Es ist absurd. Aber genau das fällt aufgrund des vorherrschenden Billigbieterprinzips bei Ausschrei-

bungen von Buslinien durch Länder und Kommunen ehrlichen und fairen Betrieben auf den Kopf“, kritisiert der vida-Gewerkschafter. Denn 60 Prozent der Kosten sind hier Personalkosten. Beschäftigt man wie der ÖBB-Postbus vorbildhaft auch viele ältere und somit teurere ArbeitnehmerInnen, hat man gegen die Billigstbieter, die meist nur Jüngere und schlechter bezahlte FahrerInnen einstellen, bei Ausschreibungen die schlechteren Karten. Deshalb fordert die vida, dass bei Ausschreibungen verbindlich das Bestbieterprinzip angewendet werden soll. Das heißt, Qualität und nicht Tiefstpreis sollen zukünftig entscheidend sein. Davon würden sowohl die Fahrgäste durch bessere Qualität und Leistungen als auch die Beschäftigten durch faire Arbeits- und Entlohnungsbedingungen profitieren.

Fairer Transport in Europa

Fakt ist, faire Bedingungen für die ArbeitnehmerInnen kann es nur mit europaweit geltenden Regelungen und

entsprechenden Kontrollen geben. Um das durchzusetzen, hat eine Gruppe von europäischen BürgerInnen, TransportarbeiterInnen und Gewerkschaftsmitgliedern die europäische Bürgerinitiative „Fair Transport Europe“ ins Leben gerufen. In Österreich wird die Bürgerinitiative und Kampagne von der Gewerkschaft vida unterstützt. Europaweit u. a. von der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF), welche über 3,5 Millionen Gewerkschaftsmitglieder aus den Verkehrssektoren von über 40 europäischen Ländern repräsentiert. Auch die vida ist Mitglied der ETF.

Drei große Ziele

Eines der drei wesentlichen Ziele der Fair-Transport-Europe-Initiative ist das Erreichen fairer Wettbewerbsbedingungen in Europa. So werden Ausschreibungen von Linien des öffentlichen Personennahverkehrs und Schienenpersonennahverkehrs in der EU hauptsächlich um die niedrigsten Löhne geführt. Bei Vertragslaufzeiten von rund 10 Jahren bedeutet dies, dass BusfahrerInnen nach ein paar

Jahren unverschuldet arbeitslos werden. Es kann sich auch nur die Farbe der Uniform ändern, aber das Gehalt sinkt und die Arbeitsbedingungen werden schlechter. „Mehr Kontrollen von Fahr- und Ruhezeiten“, lautet das zweite große Ziel von „Fair Transport Europe“. Die Arbeitszeiten bzw. Fahr- und Ruhezeiten, egal ob bei BusfahrerInnen, EisenbahnerInnen, Seeleuten, LKW-FahrerInnen oder PaketzustellerInnen, stellen ein Einfallstor für schlechte Arbeitsbedingungen und ein Risiko für alle anderen VerkehrsteilnehmerInnen bzw. die Passagiere dar. Nur ausgeruhte und gut ausgebildete Fachkräfte sind sicher unterwegs. Daher muss stärker kontrolliert werden. Der dritte Schwerpunkt ist das Durchsetzen der Entsenderichtlinie. Die europäische Entsenderichtlinie soll sicherstellen, dass nationale Lohnstandards nicht durch niedrigere Standards in anderen Ländern unter Druck geraten. Es müssen deshalb weitergehende Regelungen gegen prekäre Beschäftigung durchgesetzt und Briefkastenfirmen bekämpft werden. Ge-

meinsam wollen die Gewerkschaften und Transportbeschäftigten mit ihren Forderungen und Zielen europäische Standards schaffen, um unfaire Bedingungen zu beenden. KollegInnen, die unter schlechtesten Bedingungen arbeiten, soll mit der Europäischen Bürgerinitiative geholfen werden. Denn ungleiche Bedingungen für Transportpersonal in Europa zerstören mittel- und langfristig alle guten Arbeits- und Sicherheitsstandards, drücken Einkommen und Lebensqualität nach unten.

Warum unterstützen?

Die Europäische Bürgerinitiative soll auf EU-Ebene dafür sorgen, dass faire Bedingungen für die Beschäftigten im Verkehrssektor gesetzlich festgeschrieben werden. Ziel ist es, mehr als eine Millionen Unterschriften zu sammeln. „Fair Transport Europe“ soll bei der EU-Kommission erreichen, dass europaweit Maßnahmen durchgesetzt werden, die den Beschäftigten im Verkehrsbereich gute soziale Bedingungen und faire Löhne garantieren.

Unterschrift jetzt

Bis zum 14. September 2016 müssen EU-weit eine Million Unterschriften gesammelt werden, um die Mindestvorgaben für die Behandlung der Europäischen Bürgerinitiative zu erfüllen.

Die Katholische ArbeitnehmerInnenbewegung unterstützt das Europäische Volksbegehren für fairen Transport und ruft dazu auf, es zu unterschreiben.

Auf der Website kann man unter dem Direktlink <http://sign.fairtransporteurope.eu> seine Unterstützungserklärung abgeben. Für den Eintrag wird die Nummer eines gültigen Reisepasses oder Personalausweises benötigt.

Unter www.fairtransporteurope.at bzw. www.vida.at finden sich neben allen Infos zur Europäischen Bürgerinitiative Folder, Flugblätter, Plakate und Unterschriftenlisten zum Herunterladen.

vida

GEMEINSAM EUROPÄISCHEN TRANSPORT FAIRER MACHEN!

Gegen Lohn- und Sozialdumping im Verkehr!

Jetzt online unterschreiben auf www.fairtransporteurope.at

FAIR TRANSPORT JA!

Entgegnung

Arbeit ist ein Menschenrecht

leserbrieff

Hallo liebes Redaktionsteam,

das in der letzten Ausgabe behandelte Thema Arbeit und Arbeitslosigkeit zählt ohne Zweifel zu den zentralen Anliegen einer Industriegesellschaft, und die Beiträge in „ZZ“ sind somit hochaktuell. Allerdings: der Aufhänger „Arbeit als Menschenrecht“ und die Form der Beiträge lassen den Schluss zu, es gebe ein Recht auf bezahlte Arbeit gegenüber dem Staat, und das ist in einer freien Marktwirtschaft nicht möglich.

In kommunistischen, totalitären Systemen gab es immer wieder Versuche dies zu realisieren, was daraus in den Ländern des ehemaligen „Ostblock“ geworden ist, kennen wir alle. Soweit mir bekannt ist, gab es in diesem System keine Arbeitslosigkeit, doch offenbar war dies nur durch eine massive Einschränkung der Freiheitsrechte möglich. Das Ergebnis war, dass die Menschen diesem System in Scharen den Rücken gekehrt haben und in den Westen geflüchtet sind.

Arbeit als Menschenrecht darzustellen ohne diese Zusammenhänge zu berücksichtigen weckt falsche Erwartungen, verstärkt die Politikverdrossenheit und führt zu einer Radikalisierung der Gesellschaft. Eine Folgeerscheinung, die vom Redaktionsteam vermutlich zu wenig gesehen wird. Als langjähriges Mitglied der KAB würde ich mir eine verantwortungsvolle Information und Meinungsbildung in unserer Mitgliederzeitung erwarten.

Zum Beitrag von Maria Etl „Recht statt Almosen“ kann ich nur sagen, dass ein Recht auf Unterstützung für Menschen in Not durch den Staat, beziehungsweise die Gesellschaft, spätestens bei dessen Zahlungsfähigkeit an Grenzen stößt. Denn auch hier kann nur das verteilt werden, was zuvor von den Bürgern eingehoben wurde. Eine überschnelle und ausschließliche Forderung nach staatlicher Unterstützung grenzt für mich an Populismus und darf nicht der Stil unserer Zeitung sein.

Josef Rauch, KAB Vorarlberg

Stellungnahmen, wie die von Josef Rauch, habe ich schon öfter erhalten. Dabei sind einige wiederkehrende Argumentationen zu erkennen:

Recht auf Arbeit

Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte besagt: „Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.“ Erwerbsarbeit ist somit ein Menschenrecht.

Ich frage daher: Wie kann jemand auf die Idee kommen, die Menschenrechte zu ignorieren oder in Frage zu stellen?

Der Markt als Maß aller Dinge...

Erwerbsarbeit leistet auch einen wesentlichen Beitrag zur Integration in die Gesellschaft. Dürfen wir es einem freien Markt überlassen, ob Menschen Teil der Gesellschaft sind, oder nicht? Gibt es biblische/theologische Argumente für diese Sicht? Ich kenne keine und für mich spricht

die gesamte katholische Soziallehre eine andere Sprache. Wenn die sogenannte freie Marktwirtschaft das nicht gewährleisten kann, ist sie nicht das richtige Modell. Papst Franziskus macht das mit seiner Aussage über eine „Wirtschaft der Ausschließung“ und dass „diese Wirtschaft tötet“ klar (Evangelii gaudium 53). Es gibt andere Gegenentwürfe als nur den Kommunismus, der dann immer wieder als anscheinend einzige Alternative genannt wird (weil die Verfechter der sogenannten „freien Marktwirtschaft“ nichts anderes kennen?). Die „Gemeinwohlökonomie“, die „Wirtschaft in Gemeinschaft“ oder lokale Wirtschaftskreisläufe sind nur drei dieser Alternativen. Ich rufe ein Prinzip in Erinnerung, „das die Kirche immer gelehrt hat: das Prinzip des Vorranges der Arbeit gegenüber dem Kapital.“ (1981, Johannes Paul II., Laborem exercens, 12).

Ich frage daher: Wie kommt es, dass langjährige Mitglieder der KAB überhaupt keinen Bezüge zur katholischen Soziallehre herstellen, ihre Grundlagen außer Acht

lassen bzw. nicht in ihrem Sinne argumentieren?

Was machen wir?

„Eine Bewegung lebt dann, wenn sie sich jeweils neu den aktuellen Fragen der Zeit stellt und darauf Antworten zu geben versucht. (...) Mit dieser Einleitung begannen alle bisherigen Grundsatzprogramme der KAB Österreich.“ (Einleitung zum aktuellen Grundsatzprogramm der KABÖ) Keine Alternativen zum bestehenden System und keine Lösungen zu entwickeln, das verstärkt die negativen Entwicklungen, führt zu Politikverdrossenheit und Radikalisierung. Wer in der Vergangenheit hängen bleibt (wir in Österreich leben seit den 70er-Jahren in einer Dienstleistungs- und nicht mehr in einer Industriegesellschaft) und zwei überkommene Systeme wie freie Marktwirtschaft und Planwirtschaft (die beide Stärken und Schwächen haben) als einzige Alternativen sieht, wird nie Antworten auf die ökologische und soziale Krise unserer Tage finden, weil beide auch deren Ursache sind. Wir suchen konkrete Alternativen wie solidarische Ökonomie, faire Handelsbeziehungen, nachhaltige Produktionsweisen, Grundeinkommen, etc. Damit verlassen wir den Rahmen der vorherrschenden Systeme. Damit sind auch die üblichen Totschlagargument wie „Wir

müssen sparen!“, „Wir haben kein Geld!“ für uns hinfällig. Wir sind überzeugt, dass es ganz andere Steuern, Handlungs-/Produktionsweisen, Lebensstile, etc. braucht.

Andere Lebenswelten

Grundsätzlich sehe ich folgendes Bild: Ich habe vor zwanzig Jahren zu arbeiten begonnen. Die Entwicklung der letzten 15 Jahre ist enorm. Arbeitsverdichtung und Druck sind stark angestiegen. Die meisten Menschen im Arbeitsleben leiden unter diesen Bedingungen, sind aber oft zu sehr im „System gefangen“ oder machen mit, ohne einen Wandel zu bewirken. Die Lebensrealität älterer Menschen, die schon früher aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, war oft eine andere. Wer mit Arbeitslosenraten unter 3 % bis in die frühen 80er ins Erwerbsleben eingestiegen ist, kann wahrscheinlich schwer nachvollziehen, dass Arbeitslosigkeit heute in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist, prekäre Beschäftigungsformen zunehmen, etc. Dann kann der gemäßigte Kapitalismus vielleicht positiv wirken, allein, er existiert seit dem Rückgang des Kommunismus kaum noch. Wir erleben eine Renaissance der Vorherrschaft wirtschaftlicher Interessen vor denen der Menschen. Anstatt den Menschen in die Mitte zu stellen, muss die Demokratie

„marktkonform“ sein. Die Freiheit des Marktes ist mehr Wert als das Überleben von Menschen.

Die Vision der KAB

Aus dem Grundsatzprogramm: „Nach dem wichtigsten Grundsatz der KAB, muss die Wirtschaft dem Menschen dienen. In der Weltwirtschaft erleben wir gegenwärtig dazu oft einen Widerspruch mit verheerenden Folgen: Entfremdung des Menschen, Unterwerfung des Menschen unter den Produktionsprozess, Arbeitsorganisation ohne Rücksicht auf menschliche Bedürfnisse, Profitstreben um jeden Preis, Globalisierung ohne Gleichheit und Solidarität. Für die KAB ist die Wirtschaft ein Teilbereich menschlichen Schaffens, und als solcher setzt sie die Freiheit und Verantwortung aller Beteiligten voraus.“ Weiter ergänzt wurde die Position in unseren Papieren zur Tätigkeitsgesellschaft und Arbeitszeitverkürzung. Wir suchen neue Wege, um den notwendigen Wandel zu gestalten. Wer die Notwendigkeit für einen Wandel nicht sieht, hat weder die katholische Soziallehre und ihre 125jährige Entwicklung, noch die eindringlichen Botschaften von Papst Franziskus verstanden.

Philipp Kuhlmann



Foto: Karl-Heinz Laube, pixlto.de

Wir brauchen ein anderes Wirtschaften

In Linz trafen sich vom 24. bis 26. Februar 2016 die verantwortlichen Frauen des Frauennetzwerkes der deutschsprachigen Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegungen, das im nächsten Jahr sein 25jähriges Bestehen feiern kann, um die achte europäische Sommerakademie vorzubereiten. Zu dem Thema „Solidarische Ökonomie – Anders Wirtschaften in Europa“ werden vom 28. August bis 3. September in Linz 40 Frauen aus Italien, Deutschland, der Schweiz, Belgien, Frankreich und natürlich aus Österreich erwartet. Als Referentinnen konnten Frau FH-Prof. Mag.a Dr.in Eva Fleischer, DSA Studiengang Soziale Arbeit Management Center Innsbruck, und Frau Mag.a Sabine Gruber M.C.D., Sozialwissenschaftlerin, gewonnen werden. Neben der Diskussion alternativer Wirtschaftsmodelle werden bei der Sommerakademie konkrete Ansätze und Beispiele solidarischer Ökonomie vorgestellt. Darüber hinaus berichteten die Vertreterinnen aus dem KVW in Südtirol und der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich, der Schweiz und Deutschlands bei ihrem Treffen über die laufende und geplante Arbeit in ihren Ländern.

Maria Etl



Die Frauen des deutschsprachigen Frauennetzwerkes der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegungen in Linz.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:
kab.office@kaoe.at

Positionen



Philipp Kuhlmann
Vorsitzender der Katholischen
ArbeitnehmerInnen
Bewegung Österreich
philipp.kuhlmann@gmx.at

Brauchen wir den Wandel?

Vor einigen Jahren habe ich die Ausbildung zum Leiter von Wortgottesfeiern gemacht. Insgesamt habe ich dann nur zwei Wortgottesfeiern gehalten. Ich habe Probleme mit dem Konzept, dass eine Person vorne steht und den anderen „die Welt erklärt“. Als Betriebsrat ist es mein Ziel, mit meinen KollegInnen ins Gespräch zu kommen. Meine Wunschvorstellung ist, dass bei Betriebsversammlungen eine Diskussion entsteht. Innerhalb der Bundesleitung ist es Margit Savernik, die immer wieder darauf hinweist, wie wichtig die Beteiligung der Betroffenen ist.

Gewerkschaften (sollten) tun, was ihre Mitglieder wollen. Die meisten Gewerkschaften haben in der Frage der Ökologie und des Systemwandels allerdings keine (passenden) Konzepte. Von den Mitgliedern kommt anscheinend kein Druck in diese Richtung. Wenn eine Fraktion in der Gewerkschaft einen gesetzlichen Mindestlohn fordert (Seite 15), kann man dazu aus guten Gründen ablehnend oder befürwortend stehen. Das System und die grundsätzlichen Probleme berührt der Mindestlohn allerdings auch nicht. Papst Franziskus ist in Fragen der Ökologie definitiv fortschrittlich, aber kommen die Menschen mit? Dringen seine Worte zu ihnen? Er sendet mit seinem Schreiben „Evangelii gaudium“ und der Enzyklika „Laudato si“ klare Signale zu einer Umkehr im Wirtschaftsleben und in der Ökologie. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) und die Wirtschaftsuniversität Wien (WU) veranstalten in diesen Tagen die Konferenz „Wachstum im Wandel“ und werden dabei von mehr als 20 Partnerorganisationen unterstützt. Die Allianz „Wege aus der Krise“ macht mit ihrem alternativen „zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudget“ konkrete Vorschläge für einen ökologischen und sozialen Wandel innerhalb des Systems. Die Idee des „Guten Lebens für alle“ wird auf Kongressen behandelt. Die katholische Sozialakademie hat

den Wandel und seine Gestaltung schon lange als Thema. Es entsteht der Eindruck, dass viele Personen und Organisationen in unserer Gesellschaft einen grundsätzlichen Wandel für nötig halten und anstreben. Gleichzeitig gibt es viele Menschen, die das anders sehen und mit den gegenwärtigen Zuständen zufrieden sind. Leidensdruck haben wir in Österreich noch kaum. Es gibt noch keine Dürreperioden, und Wasser haben wir noch genug. Die Versuchung ist groß, so wie bisher weiter zu machen. So verstehe ich auch den Leserbrief von Josef Rauch (Seite 12). Zweifellos profitieren viele von dem System, und es gibt keinen zwingenden Grund, etwas zu ändern.

So stehen wir da, als Mahner in der Wüste, und ermuntern (zu sehr von oben herab?) zu alternativen Lösungen. Als katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung sollten wir uns immer auf unsere Grundlagen besinnen: das Evangelium und die katholische Soziallehre. Da war doch etwas mit Verantwortung für den Nächsten – „Einer trage des anderen Last; so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen.“ (Gal 6,4) Das bestärkt uns in unserer Sichtweise, dass wir Verantwortung für andere tragen und unser Handeln hinterfragen müssen.

Ich gehe davon aus, dass alle Menschen guten Willens, die Probleme der Umweltzerstörung verstehen und mit etwas gutem Willen die Zusammenhänge zwischen Flucht, Klima, Gewalt, etc. erkennen. Unsere eigenen Standpunkte müssen wir immer hinterfragen und Positionen schärfen. Dafür brauchen wir die Diskussion. Ich danke allen, die sich einbringen (Mitarbeit, Leserbriefe, etc.) und daran beteiligen. Gemeinsam können wir an Lösungen für eine gute Zukunft arbeiten.

Philipp Kuhlmann

Gesetzlicher Mindestlohn ja oder nein?

Positionen aus einer Diskussion von GLB, AUG/UG und KABÖ

Am 21.11.2015 fand im Rahmen der Aktivenkonferenz des GLB (gewerkschaftlicher Linksblock) eine Diskussion zur Frage des gesetzlichen Mindestlohns statt, zu der auch die KABÖ eingeladen war. Philipp Kuhlmann, KABÖ-Vorsitzender, hat an der Diskussion teilgenommen, hier sein Bericht.

Zu Beginn berichtete Gerald Kemski (ver.di Landesvorstand Hamburg, Partei Die Linke, Deutschland) über die Situation in Deutschland im Vergleich zu Österreich. Die heutige Situation in Österreich entspricht der in den 1970er Jahren in Deutschland. Besser als ein Mindestlohn sind auf jeden Fall starke Gewerkschaften, war ein Appell von Kemski.

Als der Mindestlohn von 8,50 EUR gefordert wurde, gab es beispielweise Stundenlöhne von 3,20 EUR (Friseur) im Osten Deutschlands. Auch nach der Einführung gilt er nicht für Menschen unter 18 Jahren, Langzeitarbeitslose und wo Tarifverträgen unter diesem Niveau existieren. Kritisch merkte er an, dass selbst bei einem Stundenlohn von 10 EUR lediglich eine Pension unter der Armutsgrenze anfallen würde. Um Menschen langfristig abzusichern, müsste er bei 13 EUR liegen.

Die anschließende Diskussion wurde von Anne Rieger moderiert: Josef Stingl (Bundesvorsitzende des GLB) erklärte die Forderung des GLB nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 10 EUR, weil er die KV-Deckung von 97,5 % bezweifelt und ein gesetzlicher Mindestlohn auf breite Zustimmung in der Gesellschaft stoße. Mit der Höhe von 10 EUR aus 2010



Foto: Andreas Hermsdorf_pixelio.de

sei man aber nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Wenige Tage zuvor hat die GPA-djp 1.700 EUR Mindestlohn als Ziel in den Kollektivverträgen beschlossen, was schon der Forderung des GLB entsprechen würde. (Anmerkung: Am Folgetag wurde der Mindestlohn mit der Formel „30-Stundenwoche mit 13 Euro pro Stunde“ festgelegt.)

Ausgehend vom Leitbild der „guten Arbeit“ der KABÖ verwies Philipp Kuhlmann auf zahlreiche Kritikpunkte: Grundsätzlich hat es sich bewährt, Regelungen in Kollektivverträgen zu verankern und dann in Gesetzen abzusichern. Den Weg der Gesetzgebung zu gehen, ist weit schwieriger, weil man dafür Mehrheiten im Parlament benötigt. Ein Mindestlohn löst nicht das Problem geringer Einkünfte bei Teilzeit, ändert am System nichts und wäre nur

wieder ein Nebenschauplatz, der grundsätzliche Fragen wie eine Arbeitszeitverkürzung und ein Grundeinkommen verdrängen würde. Diese bräuchten aber breite Unterstützung, weil sie echte Veränderungen (geringere Arbeitslosigkeit, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, etc.) bringen würde. Kuhlmann stimmte Stingl zu, dass die Forderung nach einem Mindestlohn gut mit dem Argument der Gerechtigkeit untermauert werden könne. Das komme bei vielen Menschen viel besser an, als

die „utopischen“ Forderungen nach einer Arbeitszeitverkürzung oder einem Grundeinkommen.

Stefan Steindl (stv. Landessprecher AUG/UG Wien) kritisierte das Modell des Grundeinkommens mit den Argumenten, dass es keine funktionierenden Beispiele gäbe bzw. Versuche nur zu kurz liefen, um Aussagekraft zu haben.

Daraufhin wurde ein Großteil der Diskussion vom Thema Grundeinkommen beherrscht und sehr kontrovers diskutiert. Das eigentliche Thema trat in den Hintergrund und viele Wortmeldungen bestätigten, dass es einen grundsätzlichen Wandel und eine Änderung der derzeitigen Besitz- und Machtverhältnisse braucht.

Philipp Kuhlmann

Impressum

Medieninhaber (Verlegerin): Kath. Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2 **Herausgeberin:** Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2, 1010 Wien; 01/51552-3350 **Geschäftsführerin:** Maria Etl **Chefredakteurin:** Mag.a Elisabeth Ohnemus **Redaktionsteam:** Maria Etl, Philipp Kuhlmann **Verwaltung/Anzeigen:** Monika Schwarz **Fotos:** S1 Walkobinger; S4 Privat, Diözese Linz; S6-7 Meike Pantel_pixelio.de; S12 Karl-Heinz Laube_pixelio.de; S15 Andreas Hermsdorf_pixelio.de; S17 Johannes Labner; S18 Philipp Kuhlmann; S19 Lupo_pixelio.de **Layout:** Fabian Unterberger **Hersteller und Expedit:** Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg **Bankverbindung:** Schelhammer & Schattera, BIC: BSSWATWW IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659 kab.office@kaoe.at

Offenlegung

Offenlegung im Sinne des § 25 des Bundesgesetzes über die Presse und andere publizistische Medien (BGBl. Nr.314/1981)

Medieninhaber (Verlegerin): Kath. Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2

Geschäftsführung: Maria Etl; **Vorstand:** Philipp Kuhlmann, Reinhold Grausam, Margarete Bliem, Maria Etl, Mag. Heinz Mittermayr, Leo Kudlicka, Johannes Labner, Hildegard Weinreich, Reinold Diem, Bruno Holzhammer

Grundlegende Richtlinien des Mediums: Religiöse, soziale und kulturelle Information von Arbeitnehmer/innen.

Hinweis: Interessiert an einer Anzeige in ZeitZeichen? Informationen über Anzeigengrößen und -preise erhalten Sie im Büro der KABÖ unter 01/51552/3350

Auf Seiten der KAB

Papstschreiben hilfreich für Arbeit der KAB

In mehreren Runden hat sich die KAB-Gruppe Graz-Göding mit den päpstlichen Schreiben „Evangelii gaudium“ und „Laudato si“ auseinandergesetzt. Hier eine Zusammenfassung der Ergebnisse aus den zahlreichen Diskussionen.

Kaum jemals zuvor ist es vorgekommen, dass ein Papst jene Dinge, die auch Themen der KAB sind, so klar beim Namen nennt, wie Papst Franziskus in seinen Schreiben „Evangelii Gaudium“ und „Laudato si“.

Er beklagt die weltweite soziale Ungerechtigkeit. Die Schwächsten unserer Erde, also die Mehrheit der Weltbevölkerung wird in internationalen und politischen Debatten nur zum „Kollateralschaden“ (= Begleitschaden).

Wir dürfen die Schöpfung nicht als unseren Besitz sehen, sie wurde uns geschenkt, damit wir sie hüten, pflegen

und bewahren und nicht ausbeuten und zerstören.

Menschen nützen andere aus, indem sie sie zur Zwangsarbeit nötigen, oder sie ihr Dasein mühevoll in prekären Arbeitsverhältnissen mit niedrigen Löhnen bewältigen müssen.

Papst Franziskus spricht ausdrücklich von der Notwendigkeit, die Arbeit zu schützen. Er macht deutlich, dass sich Menschenwürde und Ökologie nicht trennen lassen.

Der Einsatz für das Gemeinwohl wird immer mehr zu einem Appell der Solidarität, zu einer vorrangigen Option für die Ar-

men und Benachteiligten.

Gemeinwohl betrifft nicht nur unsere gegenwärtige Generation, sondern ebenso künftige Generationen.

Kernfrage von „Laudato si“ ist: „Welche Art von Welt wollen wir unseren Kindern, Enkeln und künftigen Generationen hinterlassen?“

Papst Franziskus gibt uns Leitlinien vor, an denen wir uns orientieren und nach denen wir handeln sollen, um zu einer besseren Welt beizutragen:

- Mit offenen Augen auf den Nächsten schauen

- Wachsam mit der Umwelt umgehen
- Reduzierung der Umweltverschmutzung
- Sparsamkeit und Demut vor der Schöpfung
- Einfachheit im Lebensstil
- Politik darf sich nicht der Wirtschaft und Wirtschaft nicht der Technik unterwerfen
- Die „reichen“ Länder müssen sich der Entwicklung der „armen“ Länder annehmen

Sowohl in der Familie als auch in der Schule sollen unsere Kinder lernen, verantwortlich mit der Schöpfung umzugehen und der Einsatz für die Armen soll ihnen nahe gebracht und vorgelebt werden. Klarer kann der Auftrag des Papstes für uns als KAB nicht ausgesprochen werden. Er bestätigt uns, dass unser Leitmotiv „Sehen - Urteilen - Handeln“ in dieser Zeit mehr denn je gefragt ist.

Margret Pittner



Die wegweisende prophetische Rolle von Papst Franziskus kam bei der diesjährigen Studientagung der KAB Steiermark in der Otto-Möbes-Akademie ausführlich zur Sprache. Anhand des Pastoralsschreibens „Evangelii gaudium“ und der Umwelt-Enzyklika „Laudato si“ würdigte der Grazer Franziskanerpater Dr. Willibald Hopfgartner OFM als Referent den Papst als „nicht berechenbaren Kommunikator“, der mit seiner Sprache, seinem „prophetischem Freimut“ „in das Räderwerk unseres Sprechens über die Kirche und die Welt von heute eingreift“ und zur Evangelisierung der heutigen Welt ermutigt.

Es gilt, sich zu bewegen

Industrie 4.0 und andere Herausforderungen der Arbeitswelt

■ Maschinen ersetzen zunehmend die menschliche Arbeitskraft – wie siehst du als studierter Wirtschafts-Pädagoge den auf uns zukommenden Wandel in der Arbeitswelt?

■ Dieser Wandel existiert, seit es menschliche Erfindungen zur Erleichterung körperlicher Anstrengungen bei der Arbeit gibt. Verstärkt spürbar wurde dies durch die Industrialisierung ab dem 18. Jahrhundert, wobei die ersten Fabrikanten in Südf frankreich selbst pleite gingen, weil sie ihren Gewinn zu fair mit den überwiegend nur für den Selbsterhalt tätigen ersten ArbeiterInnen teilten. Das änderte sich in der nächsten Generation der Fabrikanten, indem sie den Lohn senkten. Insgesamt tun sich mit diesem Wandel immer auch Nischen in der Arbeitswelt auf mit Chancen zusätzlicher Beschäftigung.

■ Mit welchen Konsequenzen werden die Menschen mit dieser Herausforderung – etwa durch Umweltauflagen oder verstärkte Konkurrenz durch Migrations-Bewegungen – rechnen müssen?

■ Ich bin kein Prophet. Doch allgemein betrachtet geht es auch diesbezüglich um Anpassungsprozesse, die viel Gespür für ein ausgewogenes Miteinander zeigen.

■ Werden wir uns in Zukunft vom Ziel der Vollbeschäftigung verabschieden müssen?

■ Das derzeit anerkannte Niveau für Vollbeschäftigung ist – gegenüber den 1970er-Jahren – mit 3,5 % Erwerbslosenrate ohnehin recht hoch. Bekanntlich liegen wir weit darüber. Die wirksamsten Chancen für eine erfolgreiche Gegenbewegung in Richtung Vollbeschäftigung sehe ich in einer zunehmend globalisierten Volkswirtschaft in der Stärkung der Regionalwirtschaft, in Innovationen und „Arbeit fair teilen“.

■ Die Politik hierzulande setzt nach wie vor auf mehr Wirtschaftswachstum, um mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen...

Tja, darüber müssten wir länger diskutieren. Einerseits beruht unser Wachstums-

modell auf Zahlenwachstum, andererseits beinhaltet dieses allerdings auch Ausbeutung von Natur und Menschen. Dies sind nicht unbedingt die einzigen Quellen für Wirtschaftswachstum. Es gibt auch nachhaltige Wirtschaftszweige, die andere, weniger oder erwiesenermaßen nicht nachhaltige Branchen verdrängen.

■ Welche Auswirkungen hat deiner Meinung nach eine konsequentere Einhaltung der Klima-Schutz-Ziele für die österreichische Wirtschaft?

■ Ich sehe Chancen für mehr Beschäftigung in Bereichen, die wir gewöhnlich als nachhaltig bezeichnen. Die damit verbundenen Gestaltungsmöglichkeiten hin zu einer mehr klimafreundlichen Produktion benötigt allerdings eine Politik, die in dieser Hinsicht mit einer Zunge spricht. Je gespaltenere sie dies zu tun versucht, umso mehr Chancen für ArbeitnehmerInnen und auch für Unternehmen bleiben auf der Strecke.

■ Wieweit können angesichts der zuneh-

Ein Interview mit Arno Niesner, Wirtschafts-Pädagoge und steirisches KAB-Vorstandsmitglied, über die Zukunft der Arbeitswelt nach „Industrie 4.0“ und anderen Herausforderungen.

mend globalen Wirtschafts-Abläufe und Abhängigkeiten die nationalen Regierungen überhaupt gestaltend in das Geschehen eingreifen?

■ Seit 2008 wird ja bereits vermehrt versucht, den politischen Handlungsspielraum wieder stärker von international agierenden Interessen zurück zu gewinnen. Dies geschieht allerdings zu zaghaft bis gar nicht. Die Gefahr, die damit verbunden ist, heißt Entdemokratisierung. Das kann so nicht gewollt sein. Von niemandem.

■ Zurück zum subjektiven Erleben von Menschen, die einerseits keine Erwerbsarbeit mehr bekommen, andererseits als Beschäftigte unter zunehmendem Stress in ihrem Job leiden...

■ Auch diesbezüglich kann hilfreich sein, die gesamte Erwerbsarbeit, die zu unserem Wohlstand beiträgt, fair zu teilen. Eine Möglichkeit wäre, dies über gesetzliche Rahmenbedingungen stärker voran zu bringen, als dies über die sogenannten

Sozialpartner möglich ist.

■ Wie siehst du die Forderung beispielsweise einer 30-Stunden-Arbeitswoche als Möglichkeit, mehr Arbeitssuchenden einen Zugang zur Erwerbstätigkeit zu eröffnen?

■ Diese Forderung ist mehr als legitim. Sie wird seit 2015 in Schweden auch von Seiten der Unternehmen verstärkt umgesetzt mit dem Wissen, dass dadurch die Produktivität der geleisteten Arbeit zunimmt.

■ Gegner dieser Idee bringen da natürlich sofort das Argument, diese Maßnahme würde Österreich als Wirtschaftsstandort schädigen und möglicherweise zu noch höherer Arbeitslosigkeit führen ...

■ Wenn wir eine österreichische Lösung des angesprochenen schwedischen Voranschreitens in Richtung 30 Stunden Arbeitswoche bevorzugen wollen, dann können wir uns auch in kleineren Schritten an diese annähern. Zum Beispiel mit der



Foto: Johannes Labner

gesetzlichen Verpflichtung, die wöchentliche Vollbeschäftigung jährlich um eine halbe Stunde zu kürzen bis die eingangs erwähnten 3,5 % Erwerbslosigkeit erreicht sind.

■ Ein realistischer Vorschlag angesichts der mangelnden Reformbereitschaft in unseren Breiten?

■ Es gilt, sich zu bewegen. Meine Idee in diese Richtung ist eine Petition als Angebot an die Zivilgesellschaft, nachzulesen unter <http://initiative-23.oekosozialmarkt.org>.

Interview: Johannes Labner

Erzdiözese

Wir Christen sollten uns nach Ansicht von Weihbischof Helmut Krätzl den Gefahren erhobenen Hauptes stellen und auch gegenüber Völkermorden oder Terrorgefahr Zuversicht und Mut zeigen: „Nicht weil wir blauäugig sind, sondern weil wir an große Zusammenhänge denken, an einen Gott glauben, der am Anfang und am Ende alles Geschehen steht und weil wir in Jesus Christus auch den Weg gelernt haben, mit Hass und Terror umzugehen“, erklärte der emeritierte Bischof am 29. November 2015 bei der 58. Barbarafeier in der Erdölgemeinde Matzen, zu der die KAB, die Pfarre und Marktgemeinde Matzen und die OMV-Austria unter dem Motto „Soziale Verantwortung in Wirtschaft und Gesellschaft“ eingeladen hatten. Ein ausführlicher Bericht findet sich auf www.ka-wien.at.

Bischof Krätzl auf Einladung von KAB u.a. in Matzen



Foto: Philipp Kuhlmann

Hands on

Die Startfinanzierung des Mentoring-Projekt „Hands on“ der Katholischen Aktion in der Erzdiözese Wien konnte über die Crowdfundingplattform Respekt.net und Unterstützung durch die Erzdiözese geschafft werden. Nun sind die ersten beiden Kandidaten (aus dem Iran und Tunesien) am Start und werden von MentorInnen bei der Lehrstellensuche begleitet. Das Netzwerk wird weiter ausgebaut.

Vikariat Stadt

Alle Jahre wiederkehrend veranstaltet die KAB im Vikariat Stadt am 2. November eine Allerseelen-Gedenkmesse in der Jesuitenkirche. Zuvor findet eine stille Andacht für dort beigesetzte Priester (zB Pater Vostry) statt. Die 30 bis 35 TeilnehmerInnen stärkten sich im Anschluss im „Inigo“, wo langzeitarbeitslosen Menschen wieder Berufserfahrung und soziale Integration ermöglicht wird.

27 Personen nahmen am Adventspaziergang, vom Heim in der Burghardtstraße ausgehend, teil. Eine Andacht mit em. Diakon Leopold Holzer war Teil der Veranstaltung am 8.12.

Der Einladung zum Neujahrsspaziergang der KAB Floridsdorf am 2.1. entlang des Marchfeldkanals folgten 30 bis 35 Personen, von denen auch einige „Nicht-KABler“ waren.

Vikariat Süd

Der geistliche Assistent der KABÖ, Fritz Krull, leitete am 21.11. den Vikariatsbesinnungstag zum Thema „Gebet“ in Wiener Neustadt. Bei der Barbarafeier mit Studienteil in Ternitz am 5.12. wurde die Enzyklika „Laudato si“ mit der Frage „Ist diese Welt noch zu retten?“ mit Isolde Schönstein von der ARGE Schöpfungsverantwortung Thema.

Die Adventwanderungen in Enzesfeld, Perchtoldsdorf und Wr. Neustadt rundeten das Programm ab.

In Wr. Neustadt ist die KAB bei Deutschkursen für Flüchtlinge und einer Wohnungspatenschaft für eine Flüchtlingsfamilie für zwei 2 Jahre aktiv.

Gesellschaft im Wandel 1891 – 2016. 125 Jahre Soziallehre unterwegs

Eine Kooperationsveranstaltung von FCG, KABÖ und KSÖ, mit Referaten von Thomas Wallimann (KAB-CH), Magdalena Holztrattner (KSÖ) und Mechthild Hartmann Schäfers (KAB-D) (nähere Informationen folgen in der nächsten Ausgabe von ZeitZeichen)

02.06.2016
18 Uhr

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
(ÖGB – Catamaran)



Wallfahrtskirche Maria Trost in Brunnl

Zu Pfingsten in Südböhmen

Der sogenannte „Eiserne Vorhang“ zwischen der ehemaligen Tschechoslowakei und Österreich mit Vertreibungen und Aussiedelung ist heute Gott sei Dank Geschichte – jetzt können Touristen wieder restaurierte Städte und sehenswerte Kulturstätten Tschechiens aufsuchen und Begegnung über offene Grenzen hinweg pflegen. So ladet die KAB-Steiermark heuer im Rahmen des GRUBER-Reiseprogramms „Kultur mit Begegnung“ zu einer Gemeinschaftsreise vom **14. bis 16. Mai** durch südböhmische Städte ein, bei der - von Budweis aus – unter anderem die wiedererrichtete Wallfahrts-Stätte Maria Trost in Brunnl besucht wird. Das genaue Programm kann im KAB-Büro unter 0316 / 8041-395 angefordert werden.



Ernst Pöschl,
Geistlicher Assistent
der KAB-Burgenland

Positionen

Sicher kennen Sie Menschen, die Dinge sammeln, in einer anderen Weise, als wir es gewohnt sind.

Ihre Wohnung ist mit Zeitschriften, Büchern, Ersatzteilen oder anderen Dingen so angefüllt, dass man sie kaum betreten kann.

Sie können sich von diesen Dingen einfach nicht trennen. Ungeordnetes Sammeln, so könnte man es nennen. In letzter Zeit hat man dafür einen Ausdruck gefunden, das Messie-Syndrom.

Der Begriff kommt aus dem Englischen und bedeutet Unordnung. Man könnte man es auch als zwanghaftes Sammeln und Horten bezeichnen.

In diesem Zusammenhang ist mir ein überraschender Gedanke gekommen.

Könnte man nicht auch jene, die mit allen Mitteln zu Geld kommen wollen und es horten, als Messies bezeichnen? Natürlich ist es notwendig, Vorsorge zu treffen. Aber wenn dies zwanghaft geschieht?

Im Alten Testament heißt es im Psalm 39:

Ein Hauch nur ist jeder Mensch
Er ist geschäftig und lärmt für nichts
Er sammelt und speichert
Er rafft zusammen und weiß nicht,
wer es einmal einheimst.

Ist dies nicht eine uralte, eine zeitlose Beschreibung des Messie-Syndroms?

Ernst Pöschl

Wenn man von seiner Arbeit nicht mehr (gut) leben kann...

Herausforderungen angesichts einer Arbeitswelt, in der Arbeit Existenzsicherung nicht mehr garantiert, und mögliche Perspektiven

22.04.2016
16 – 21 Uhr

Bildungshaus Großrußbach,
Schlossbergstraße 8,
2114 Großrußbach

Moderation:
Mag.a Elisabeth Ohnemus



Noch nie seit den frühen 50er Jahren waren in Österreich so viele Menschen arbeitslos wie heute. Und noch nie seither haben so viele Leute so wenig verdient, dass ihre Existenzsicherung durch die Arbeit, die sie tun, kaum oder nicht gewährleistet ist: weil sie in Teilzeit, befristete oder geringfügige Beschäftigungsverhältnisse gezwungen sind, weil sie Arbeit

nur auf Basis von Werkverträgen, als freie DienstnehmerInnen oder gar als PraktikantInnen bekommen. Das sogenannte „Normalarbeitsverhältnis“, also Vollzeitarbeitsverhältnis mit allen arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Absicherungen, ist längst keine Selbstverständlichkeit mehr. „Atypisch“ beschäftigt zu sein, heißt immer häufiger auch, ins Prekariat, also in die Armut zu rutschen – während gleichzeitig der Reichtum in Österreich wächst und die Elite, die ihn genießt, verhältnismäßig immer kleiner wird. Was sind, wirtschafts- wie gesellschaftspolitisch betrachtet, die großen Linien hinter dieser Entwicklung? Welche Verteilungsmechanismen sind da wirksam, und welche Rolle spielt der neoliberale Finanzmarktkapitalismus dabei? Ist es nicht längst an der Zeit, die zunehmend brüchigere „Erwerbsarbeitsgesellschaft“ hinter sich zu lassen, den Blick auf ein sinnvolles „Tätigsein“ des Menschen zu richten, gesichert etwa durch ein allgemeines Grundeinkommen?

Programm:

Aus der wunderbaren neuen Arbeitswelt. Von Atypischen und Prekären
Veronika Kronberger, Vorsitzende der „Plattform Generation Praktikum“, in der GPA/

djp zuständig für atypische Beschäftigte, Betreuerin der Bereiche work@flex, work@social und work@education

Tätigkeit statt Erwerbsarbeit. Vom notwendigen Umbau unserer Arbeitsgesellschaft aus theologischer und sozialetischer Sicht Dr. Markus Schlagnitweit, Theologe, Sozialetiker, Mitarbeiter der Katholischen Sozialakademie Österreichs

Warum es ein Grundeinkommen braucht. Die Auswirkungen des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus auf die Sphäre der formellen Lohnarbeit und Perspektiven für eine sozialreformerische Politik

Prof. Dr. Nikolaus Dimmel, Universität Salzburg/Fachbereich Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät sowie Fachbereich Politikwissenschaft und Soziologie an der kultur- und gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät, langjähriger Mitarbeiter der Österreichischen Armutskonferenz, Mitherausgeber des „Handbuch Armut“

Eine Veranstaltung von Bildungshaus Großrußbach in Kooperation mit der Katholischen ArbeitnehmerInnenbewegung der Erzdiözese Wien und der Weinviertelinitiative 2020. Die Veranstaltung wird von der Gesellschaft für politische Bildung gefördert.

Buchtipp



Sova, Renate/Sova, Ursula/Duit, Folger
Dorthin kann ich nicht zurück. Flüchtlinge erzählen.
Promedia Verlag, 208 Seiten, Preis € 15,90

Wie leben Flüchtlinge in Europa? Warum haben sie ihre Heimat verlassen und mit welchen Hoffnungen sind sie hierher gekommen? Was haben sie daheim zurückgelassen, was hier gefunden?

25 Asylsuchende aus Afghanistan, Äthiopien, Burundi, der Elfenbeinküste, Eritrea, Ghana, Guinea, dem Kongo, Kenia, Nigeria, dem Senegal, Somalia, dem Iran, dem Sudan und der Ukraine erzählen ihre Geschichten. Und ebenso viele Menschen hören ihnen zu und schreiben diese Geschichten auf. Kindheitsgeschichten, Fluchtgeschichten, Liebesgeschichten, Lebensgeschichten. Der jüngste Erzähler und dessen Zuhörer sind gerade erst 16 Jahre alt. Ein Buch von Menschen mit Papieren gemeinsam mit Menschen, die ihre Do-

kumente verloren, verbrannt, zurückgelassen oder gar nie besessen haben. Und die nun warten. Auf einen Pass, auf ein Leben in Sicherheit und auf ein wenig Glück.

Jeder einzelne Mensch, der sich Tausende Kilometer weit auf den Weg gemacht hat, um Heimat und Familie zu verlassen, hat massive Gründe für seine Flucht. Um hier aufgenommen zu werden, muss das Nadelöhr des vom Schengen-Regime geprägten Asylverfahrens durchschritten werden. Viele der Menschen, die uns ihre Geschichten erzählen, sind von diesen Erfahrungen geprägt.

Das Buch „Dorthin kann ich nicht zurück“ ist Lesebuch und zeitgeschichtliche Dokumentation zugleich. Bei mehreren Asylwerbenden haben die HerausgeberInnen auf Wunsch den Namen geändert. Zu gefährlich schien es den Geflohenen, ihn zu nennen. Berührtheit, Sympathie und freundschaftliche Lebendigkeit kommen in den Gesprächen zum Ausdruck und übertragen sich auf die Lesenden.

Mit einem Überblick über die rechtliche Situation für Asylwerbende in Österreich, Deutschland und der Schweiz von Anny Knapp (Asylkoordination Österreich).

Die HerausgeberInnen

Renate Sova, geboren 1969 in Wien, war als Flüchtlingsbegleiterin in Guatemala tätig, seit 2008 ist sie im Vorstand des Vereins „Südwind Entwicklungspolitik“/ Wien. Selbständige Trainerin für NGOs mit ihrer Firma „twinsolutions“.

Ursula Sova, geboren 1969 in Wien, Redakteurin und Dokumentarfilmerin, zahlreiche Veröffentlichungen in Zeitschriften.

Folger Duit, geboren 1956, ist Buchhändler und leitet den Waldkindergarten in St. Andrä/Wördern.

Zum Kennenlernen bietet ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:

Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben

per Post:

senden Sie Name und Bezugsadresse an:

ZeitZeichen, KABÖ,
Spiegelgasse 3/2, 1010 Wien

oder per E-Mail:

kab.office@kaoe.at